

Corona-Impfpflicht in Liechtenstein unwahrscheinlich

Ausgangslage Eine allgemeine Impfpflicht gegen das Coronavirus wäre aus verfassungsrechtlicher Sicht zwar möglich, ist aber höchst unwahrscheinlich. Das zeigt eine Studie des Liechtenstein-Instituts im Kontext zur aktuellen Pandemielage.

VON DAVID SELE

Wenn eine Impfpflicht nötig ist, dann ist sie auch möglich. Da lässt die gestern veröffentlichte Studie des Liechtenstein-Instituts keine Zweifel aufkommen. Doch es klingt einfacher, als es ist: Nötig im Sinne der Verfassung heisst, die Impfpflicht müsste einerseits geeignet sein, um die Gefahren der Pandemie abzuwenden und andererseits das gelindeste Mittel darstellen, um dies zu erreichen. Auf diese Frage der Notwendigkeit liefern die Studienautoren bewusst keine Antwort. Entscheidend sei hierbei die Einschätzung zur Pandemieentwicklung. Als zentrale Kriterien definiert das Liechtenstein-Institut die Auslastung des Gesundheitssystems sowie die Wirksamkeit der Impfung als Schutz vor Ansteckung respektive vor einem schweren Krankheitsverlauf.

Diesbezüglich zeigt sich die Situation heute wie folgt: Die Impfung schützt sehr gut vor einem schweren Krankheitsverlauf. Vor einer Ansteckung mit der derzeit dominierenden Omikron-Variante ist der Schutz reduziert und vor allem sinkt er nach der letzten Impfdosis kontinuierlich. Die Auslastung des Gesundheitssystems ist unkritisch. Eine Coronainfektion ist derzeit also keine Gefahr für die Allgemeinheit, sondern höchstens für das Individuum.

«Taugt nicht als Akutmassnahme»

Doch selbst wenn die Lage anders wäre: «Die Einführung einer Impfpflicht und deren Wirkung benötigen eine gewisse Vorlaufzeit. Sie taugt deshalb nicht als Akutmassnahme», so das Liechtenstein-Institut. Die Impfpflicht-Debatte müsse daher stets in die Zukunft gerichtet geführt werden. Und diesbezüglich



(Symbolfoto: Keystone/TI-Press/Alessandro Crinari)

lässt sich momentan nur eines festhalten: Nach der Omikron-Welle wird der allergrösste Teil der Bevölkerung durch Impfung, Infektion oder durch beides auf das Coronavirus vorbereitet sein. Bereits wieder unklar ist beispielsweise, wie lange und wie gut ungeimpfte Omikron-Genesene geschützt sind. Eine wissenschaftlich fundierte Antwort, ob im Herbst eine Impfpflicht nötig werden könnte, gibt es somit nicht. Entscheidend dürfte dabei sein, ob und welche Varianten des Coronavirus sich bis dahin entwickeln und durchsetzen. Denn so wie die Omikron-Variante die Verhältnismässigkeitsabwägung zu Ungunsten einer Impfpflicht verändert hat, könnte eine andere Variante Gegenteiliges bewirken. Auch gut verträgliche und erschwingliche Medikamente könn-

ten die Bewertung ändern, merkt das Liechtenstein-Institut an.

Kaum Bewegung in der Schweiz

Wie es mit der Pandemie weitergeht, lasse sich zuweilen auch von der Wissenschaft nur schwer abschätzen, schreiben die Studienautoren. Wann und ob eine allgemeine Impfpflicht eingeführt werden soll, sei daher eine politische Frage. Diesbezüglich beleuchtet die Studie insbesondere die politische Situation in der Schweiz. Denn eine Impfpflicht ohne die Schweiz komme für Liechtenstein eher nicht infrage und wäre auch rechtlich schwierig.

Die Studienautoren des Liechtenstein-Instituts kommen zum Schluss, dass die Debatte über eine allgemeine Impfpflicht in der Schweiz im Vergleich zu deren Nachbarländern nicht

weit fortgeschritten sei. Dies bestätige denn auch die «traditionelle Impfskepsis» der Eidgenossen, die übrigens auch den Liechtensteinern zugeschrieben wird. Die meisten politischen Akteure äusserten sich skeptisch bis ablehnend. Auch die nationale Ethikkommission und die Kommission für Impffragen haben sich gegen eine allgemeine Impfpflicht ausgesprochen.

Der Erlass einer Impfpflicht für bestimmte Personengruppen wäre dabei bereits heute möglich, doch die Politik mache keine Anstalten, diesen Spielraum des Epidemiengesetzes auszunutzen. Entsprechend sei auch nicht davon auszugehen, dass eine allgemeine Impfpflicht «in naher Zukunft tatsächlich Realität wird», so die Analyse des Liechtenstein-Instituts.